



Niederschrift

47. Plenarsitzung Gemeinderat
20. Februar 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

Punkt 10 der Tagesordnung: Umnutzung der ehemaligen Karlsruher Hospizwohnung als Einrichtung für Jugendliche und junge Erwachsene mit Mehrfachbehinderung

Antrag: SPD

Vorlage: 2018/0029

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Moser (SPD): Wir alle wissen, dass es in Karlsruhe einen dringenden Bedarf an Pflegeeinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Mehrfachbehinderung gibt. Dieser Personenkreis wartet schon viele Jahre auf eine Lösung und muss meistens im Umland nach einer Unterbringungsmöglichkeit suchen. Nicht nur die jungen Menschen selbst sind betroffen, sondern auch die pflegenden Familienangehörigen, die oft am Ende ihrer Kräfte sind. Die bisherige Hospizwohnung wäre der Einstieg in eine Lösung gewesen, natürlich in Zusammenarbeit und Einvernehmen mit dem Träger, weil Sie nach unseren Recherchen und jetzt auch so von der Verwaltung bestätigt, durchaus als Wohngruppe geeignet gewesen wäre. Dies ist jetzt leider nicht mehr möglich, weil sich das Diakonische Werk für eine andere Lösung entschieden hat. Die Betroffenen dürfen allerdings nicht noch länger hingehalten und vertröstet werden. Es muss endlich eine Lösung gefunden und entsprechende Prioritäten, für mehrfach Schwerstbehinderte, gesetzt werden. Es ist zu begrüßen, dass ein Konzept zur ambulanten Versorgung für Jugendliche und junge Erwachsene mit Mehrfachbehinderung erarbeitet wird. Ambulante Konzepte sind nicht für alle Jugendliche und junge Erwachsene mit Schwerstbehinderung geeignet und bieten für die Pflegenden wenig Entlastung. Wir fordern daher, dass dieses Konzept auch auf die Unterbrin-

gung in Wohngruppen und Wohnheimen ausgeweitet wird und schnellstmöglich eine Lösung gefunden wird, damit der Personenkreis wohnortnah untergebracht werden kann und dass schon heute in zukünftigen Wohngebieten entsprechende Einrichtungen vorgesehen werden.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Es ist zutreffend, dass ein dringender Bedarf an Pflegeeinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Mehrfachbehinderung in Karlsruhe fehlt. Es ist daher sehr sinnvoll und sehr zu begrüßen, dass die Verwaltung und die Sozialabteilung ein Konzept erarbeiten werden, damit dieser Mangel beseitigt werden kann. Zu dem Antrag der SPD wollte ich eigentlich nur sagen, Sie hätten sich vielleicht erst erkundigen sollen, wer der Eigentümer des Hauses ist und wer das nutzt. Dann hätte sich der Antrag vielleicht in einem anderen Bereich wiedergefunden. Es ist gut, dass die Sozialplanung und die Abteilung Eingliederungshilfe hier gemeinsam tätig werden, und wir hoffen, dass hier kurzfristig Lösungen angeboten werden können.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Lassen Sie uns zuerst eine Vorbemerkung zu Hospizplätzen hier in Karlsruhe machen. Wir waren vom Ende der Hospizwohnung hier in Karlsruhe sehr überrascht. Vielleicht müssen wir uns kritisch gefallen lassen, dass diese Art des Hospizdienstes, aufgrund massiver Eigenbeteiligungen der Bewohnerinnen, von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Demnächst soll wieder eine Bedarfsermittlung zu Hospizplätzen in Karlsruhe erhoben werden. Da werden wir sehr genau hinhören, und diesen Prozess sehr kritisch begleiten. Die GRÜNE-Fraktion unterstützt das Begehren der Diakonie Karlsruhe, die ehemalige Hospizwohnung künftig als ambulantes Wohnangebot für Erwachsene mit seelischer Erkrankung und leichter Pflegebedürftigkeit zu nutzen. Das ist eine ergänzende Leistung, deren Angebot wir sehr begrüßen. Auch in Karlsruhe nimmt die Zahl derer zu, die von psychischen Erkrankungen mit Pflegebedürftigkeit betroffen sind. So auch eine Erkenntnis im letzten Bericht zur Wohnungslosenhilfe der Stadtverwaltung. Wir möchten aber nicht verhehlen, dass wir es begrüßt hätten, wenn die Karlsruher Sozialplanung die Möglichkeit gehabt hätte, im Vorfeld der Entscheidung darauf Einfluss zu nehmen, schließlich wurde das vorherige Projekt auch von der Stadt Karlsruhe mitfinanziert.

Stadtrat Jooß (FDP): Natürlich bedauern wir ganz grundsätzlich, dass die ambulanten Hospizwohnungen gestrichen oder aufgelöst wurden, aber wir finden den Antrag der SPD hervorragend und sehr gut, aber er kam leider zu spät. Es liegt allerdings an anderen Gründen, wie die Antragstellerin vorhin gesagt hat, dass die Stadt anscheinend zu langsam war. Der Eigner der Immobilie ist, wie wir wissen, das Diakonische Werk und wir finden, dass in Zukunft das Diakonische Werk diese Wohnungen sinnvoll einsetzen wird und freuen uns, dass dort etwas passiert.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir waren damals sehr froh, dass diese Hospizwohnung eingerichtet wurde, und sind natürlich dementsprechend enttäuscht, dass es nicht funktioniert hat. Jetzt würden wir gerne wissen, wie es weitergeht. Wir haben es als Gemeinderat beschlossen, dass wir diese Hospizwohnung einrichten wollten, deswegen denke ich, dass die Frage, wie es weiter geht, schon auf der Hand liegt.

Der Vorsitzende: Die Hospizwohnung haben wir hier nicht beschlossen, sondern nur die Unterstützung der Hospizwohnung, die durch einen Trägerverbund initiiert wurde, zugesagt. Dies hat sich von dem Modell und möglicherweise auch von der Nachfrage, das kann man noch ausdiskutieren, nicht getragen. Es gibt es eine neue Bedarfserhebung und ob es

hier noch einen Fehlbedarf gibt oder nicht, wird sich zeigen, und dann müssen wir darüber reden, wo und wie der umgesetzt wird. Da sollten wir regional denken, denn wir haben uns ja schließlich als Gemeinderat der Stadt Karlsruhe, auch auf Ihre Anträge hin, immer am Hospiz Arista in Ettlingen beteiligt,

Der zweite Punkt, die Stadt Karlsruhe ist nicht zu spät gekommen, sondern das Diakonische Werk hat das Recht diese Wohnungen oder Räumlichkeiten, die sie besitzen, für soziale Zwecke zu nutzen. Ich fände es schade, wenn wir diese Entscheidung bedauern, denn die seelisch Behinderten, die jetzt dort ein Angebot bekommen, die haben es genauso verdient, wie die Mehrfachbehinderten, und das Diakonische Werk wird nach seinen Kriterien auswählen, wie es das einrichtet.

Wir haben seit Jahren einen massiven Bedarf für die mehrfachbehinderten jungen Erwachsenen und Jugendlichen, der wird zum Teil durch das Haus Spielberg abgedeckt, die tragen sich mit Umzugsgedanken nach Karlsruhe, was ich sehr begrüße. Es ist zum Teil auch durch Anstalten in Mosbach abgedeckt, die sind gerade am Bauen, ich habe zumindest im Laufe des Jahres einen Termin, entweder zur Eröffnung, zum Richtfest oder zur Grundsteinlegung, das weiß ich ehrlich gesagt nicht mehr so genau. Aber jedenfalls wollen die auch nicht mehr diese dezentralen Einrichtungen, sondern wollen für Ihre Karlsruherinnen und Karlsruher in Karlsruhe ein Gebäude schaffen und sind schon dabei, sodass sich in diesem Bereich auch schon ganz viel tut. Wir haben Ihnen zugesagt, dass wir eine Art konzeptionelle Betrachtung vornehmen, aber wir brauchen am Ende auch Träger, die bereit sind, das dann umzusetzen.

Insofern kann man mit einem lachenden und einem weinenden Auge feststellen, dass jetzt nicht, was in dieser Wohnlage jederzeit möglich wäre, das Haus auf den freien Markt gebracht wird, sondern dass es hier weiterhin eine soziale Nutzung gibt, und diese jetzt einer anderen Zielgruppe zugutekommt als den von Ihnen angesprochenen jungen Erwachsenen und Jugendlichen. Diesen Bedarf müssen wir trotzdem ernst nehmen und decken. So würde ich gerne die Diskussion zusammenfassen, und dann brauchen wir auch nichts abzustimmen, denn die Dinge sind soweit schon vorentschieden, die hier konkret begehrt werden.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
26. Februar 2018